

# K anzei – I nfo 11/2003

## Rechtsanwälte Kotz

20 Jahre RA -K anzei Kotz (15.11.1983-15.11.2003)

Siegener Straße 104 ~ 57223 K reuztal

Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ E-Mail: [info@ra-kotz.de](mailto:info@ra-kotz.de)

Rundschreiben i. S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az.: I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

**Wichtig:** Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!

Verfasser: Rechtsanwalt Christian Kotz, Doktorand der Rechtswissenschaften

### In diesem Monat erläutern wir Ihnen:

- Ärger im und mit dem Fitness-Club/Sportstudio – Teil 2 (auf Seite 1 ff.)
- Die Abmahnung im Arbeitsrecht – ein kurzer Überblick (auf Seite 4 f.)
- Kostenlose Beratung am Bürgertelefon des Bundesgesundheitsministeriums (auf Seite 5)
- vermietete Wohnungen und Absetzbarkeit von Aufwendungen als Werbungskosten (auf Seite 6)
- Bundesregierung will die Versendung von Werbe-E-Mails eindämmen (auf Seite 6)
- Interessante Urteile – kurz notiert (auf Seite 6 ff.)
- Kurioses zum Schluss

### Juristischer Spruch o.ä. zum Einstieg:

Wer sich die Mühe macht, die Geschichte des Steuerwesens wirklich gründlich zu studieren,  
wird sich am Ende ganz gewiß darüber wundern,  
wie die menschliche Zivilisation das alles Überleben konnte.

Cyril Northcote Parkinson, 1909-1993, britischer Historiker und Publizist

### Ärger im und mit dem Fitness-Club/Sportstudio – Teil 2:

#### II. Fristlose Kündigung des Fitness-/Sportstudiovertrags:

##### 3. Widerruf eines abgeschlossenen Fitness-/Sportstudiovertrags möglich?

In der Regel enthalten Fitness-/Sportstudioverträge keine vertragliche „Widerrufsklausel“. Ein Widerrufsrecht für abgeschlossene Verträge gibt es auch generell nicht. Lediglich in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Fällen, wie bei Haustürgeschäften und Verbraucherverträgen (Fernabsatzvertrag, Verbraucherdarlehensvertrag, Teilzeitwohnrechtsvertrag, Fernunterrichtsvertrag) können abgeschlossene Verträge innerhalb einer Frist von 14 Tagen schriftlich gemäß § 355 Abs. 1 BGB widerrufen werden. Daher ist zu überprüfen, ob der Abschluss eines Fitness-/Sportstudiovertrages ein Haustürgeschäft oder ein Verbrauchervertrag darstellt.

##### a. Ein Haustürgeschäft gem. § 312 BGB würde vorliegen, wenn der Fitness-/Sportstudiovertrag:

- aufgrund mündlicher Verhandlungen an dem Arbeitsplatz des Verbrauchers oder im Bereich der Privatwohnung des Verbrauchers,
- anlässlich einer vom Fitnessstudio/Sportstudio-Betreiber oder einem Dritten zumindest auch im Interesse des Fitnessstudio/Sportstudio-Betreibers durchgeführten Freizeitveranstaltung (hierunter fallen in der Regel Verkaufsveranstaltungen etc.),
- im Anschluss an ein überraschendes Ansprechen in Verkehrsmitteln oder im Bereich öffentlich zugänglicher Verkehrsflächen (öffentliche Parks, Gehwege, Gärten, Bahnhöfe etc.), abgeschlossen worden wäre!

Da jedoch der Fitness-/Sportstudiovertrag in der Regel im Fitness-Studio/Sportstudio abgeschlossen wird, handelt es sich um kein Haustürgeschäft. Sollte ein Vertrag jedoch einmal in einer der oben aufgeführten Situationen abgeschlossen worden sein, so kommt § 355 Abs. 1 BGB zur Anwendung und der Kunde kann den Vertrag innerhalb von 14 Tagen schriftlich widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

**Anmerkung:** Die Frist beginnt ab dem Zeitpunkt, an dem man in Textform auf sein Widerrufsrecht hingewiesen wurde. Erfolgt die Belehrung erst nach Vertragsschluss, so beträgt die Widerrufsfrist 1 Monat. Gem. § 355 Abs. 3 Satz 1 BGB erlischt das Widerrufsrecht spätestens 6 Monate nach Vertragsschluss (erfolgte keine Belehrung in Textform, so gilt diese Frist gem. § 355 Abs. 3 Satz 3 BGB nicht!).

b. Verbraucherverträge sind insoweit Fernabsatzverträge, Verbraucherdarlehensverträge, Teilzeitwohnrechtsverträge und Fernunterrichtsverträge. Unter diese fällt ein Fitness-/Sportstudiovertrag jedoch ebenfalls nicht.

c. Mithin steht einem Kunden eines Sport-/Fitnessstudios in der Regel das Widerrufsrecht nach § 355 Abs. 1 BGB nicht zu.

#### **4. Fristlose Kündigung des Fitness-/Sportstudiovertrags:**

a. Es gibt jedoch insoweit andere Möglichkeiten aus einem abgeschlossenen Fitness-/Sportstudiovertrags „herauszukommen“. Eine „fristlose Kündigung“ ist nach § 314 BGB bei Dauerschuldverhältnissen immer möglich. Nach § 314 Abs. 1 BGB kann jeder Vertragsteil ein Dauerschuldverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aus wichtigem Grund kündigen. ***Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zur vereinbarten Beendigung oder bis zum Ablauf einer Kündigungsfrist nicht zugemutet werden kann.***

b. Dieses Recht des Kunden zur Kündigung des Fitness-/Sportstudiovertrags aus wichtigem Grund kann auch nicht durch Allgemeine Geschäftsbedingungen (kurz AGB) des jeweiligen Fitness-/Sportstudios ausgeschlossen werden. Das Fitness-/Sportstudio kann sich bei einer außerordentlichen Kündigung des Mitglieds z.B. nicht das Recht vorbehalten „die Möglichkeit einer Vertragsaufhebung unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen“ selbst zu prüfen (BGH, Az.: XII ZR 174/95, Urteil vom 23.10.1996, hier bei ärztlichem Attest). Auch ist eine AGB-Klausel unwirksam, dass „Der Beitrag ..auch dann regelmäßig zu zahlen ist, wenn das Mitglied die Einrichtungen nicht nutzt (BGH, Az.: XII ZR 55/95, Urteil vom 23.10.1996). Die Rechtsprechung hat u.a. für eine außerordentliche fristlose Kündigung anerkannt: Krankheit, Wohnungswechsel, Schwangerschaft, Grundwehrdienst etc..

#### **5. Es folgt eine Auflistung von AGBs aus Fitness-/Sportstudioverträgen die eine außerordentliche Kündigung ausschließen und von der Rechtsprechung für unwirksam erklärt wurden:**

a. Die AGB-Klausel: „Der Teilnehmer erklärt (bei Abschluss des Vertrages), gesund, in guter körperlicher Verfassung und daher in der Lage zu sein, an einem normalen Training teilzunehmen“ ist unwirksam (LG Hamburg, Az.: 74 O 668/87; LG Dortmund Az.: 8 O 318/90; LG München I, Az.: 21 O 13657/93).

- b. Eine AGB-Klausel, die generell **bei Krankheit Kündigungsrecht ausschließt**, ist unwirksam, weil sie gegen das gesetzliche Leitbild verstößt (OLG Hamm, Az.: 17 U 2/91, Urteil vom 10.10.1991).
- c. Die AGB-Klausel: **„Krankheiten, Wohnungswechsel u.ä. entbinden den Teilnehmer nicht von den Verpflichtungen aus dem Vertrag. Bei Unterbrechungen infolge Krankheit, Unfall o.ä. (oder aus anderen wichtigen Gründen) ist gegen Nachweis (z.B. ärztliches Attest) eine Stundung des Programms möglich. Die vereinbarte Zahlungsweise des Programms wird davon nicht betroffen bzw. unterbrochen. Diese versäumte Zeit kann nach Absprache an dem jeweils 2. Besuchstag pro Woche innerhalb der Laufzeit des Vertrags nachgeholt werden. In nachgewiesenen Ausnahmefällen, wie Dauererkrankungen oder sonstigen Härtefällen kann der Teilnehmer im Einvernehmen mit dem Sportstudio einen Programmwechsel vornehmen oder eine Ersatzperson anmelden, unabhängig von der vereinbarten Zahlungsverpflichtung“** ist unwirksam (LG Dortmund, Az.: 8 O 318/90; ähnlicher Fall LG Frankfurt am Main, Az.: 2/13 O 345/92; OLG Frankfurt am Main, Az.: 6 U 164/93, Urteil vom 05.12.1994).
- d. Ebenfalls unwirksam und Grund für eine Kündigung: **„Die vertraglichen Verpflichtungen werden durch den Verkauf oder die Verlegung des Sportstudios innerhalb des Stadtgebietes nicht berührt“** (LG Dortmund, Az.: 8 O 318/90).
- e. Die AGB-Klausel **„Gegen das Training bestehen keine ärztlichen Bedenken“** ist ebenfalls unwirksam (LG Frankfurt, Az.: 2/24 O 43/93, Urteil vom 26.04.1993).
- f. Eine Erkrankung, die den Teilnehmer auf bestimmte Übungen beschränkt und jegliches Krafttraining und sonstiges Training mit körperlichen Belastungen ausschließt, stellt einen Grund für eine fristlose Kündigung dar. Es kommt nicht darauf an, ob die **Diagnose des Arztes zutreffend ist, weil der Patient dem ärztlichen Rat vertrauen darf** (AG Rastatt NJW-RR 02, 1280f.).
- g. Der **Betreiber des Studios kann kein Attest von einem bestimmten Arzt (soweit nicht vertraglich vereinbart) oder einem Amtsarzt verlangen** (Ulmer/Brandner/Hensen, AGB-Gesetz, 9. Auflage, Rn. 672).
- h. Folgende Klauseln sind ebenfalls unwirksam und berechtigen trotzdem zur fristlosen Kündigung: **„Krankheit oder sonstiger Hinderungsgrund entbindet nicht von der Beitragszahlung“**; **„Die Mitgliedschaft ruht nur während der Ableistung des gesetzlich vorgeschriebenen Grundwehrdienstes“** (LG Dortmund, Az.: 8 O 223/90, Urteil vom 25.10.1980).
- i. Auch folgende AGB-Klausel ist unwirksam: **„Sollten im Lauf des Trainings Schwierigkeiten oder Beschwerden auftreten und die Kundin deswegen nicht in der Lage sein, das bereitgehaltene Bewegungsprogramm durchzuführen, so ist ... vereinbarungsgemäß berechtigt, das Programm den individuellen Bedürfnissen der Kundin anzupassen“** (LG München I, Az.: 21 O 13657/93, Urteil vom 18.05.1994).
- j. **„Muss ... der Kundin wegen... Krankheit, Schwangerschaft oder aus sonstigen gesundheitlichen Gründen unterbrochen oder wird aus diesen Gründen mit dem Kursprogramm nicht begonnen, so verlängert sich das Kursende um die Dauer der Unterbrechung. Dies entbindet die Kundin jedoch nicht von den vereinbarten Zahlungsterminen“** ist unwirksam (LG München I, Az.: 21 O 13657/93, Urteil vom 18.05.1994).
- k. **„Im Fall der Erkrankung, die durch ein ärztliches Attest nachzuweisen ist, ist der Teilnehmer berechtigt, die Ausfallzeit nachzuholen oder nach seiner freien Wahl statt dessen für die Dauer der Krankheit das Solarium zu nutzen. Die Beitragspflicht bleibt davon unberührt“** ist unwirksam (LG Kaiserslautern, Az.: 3 O 551/96).
- l. Die AGB-Klausel **„Bei Eintreten einer Schwangerschaft ruht der Vertrag für ein Jahr“** ist unwirksam (LG Frankfurt am Main in VuR 1998, 205 f.).

*m. Die AGB-Klausel „Sie erklärt, gymnastische Bewegungen in Liegestellungen ausführen zu können. Hinderungsgründe, wie Gebrechen, Schwangerschaft, Erkrankungen oder Beschwerden des Bewegungsapparates liegen nicht vor“ ist unwirksam (LG München, Az.: 21 O 13657/93).*

*n. „Der Teilnehmer bestätigt, dass er sportgesund und den Anforderungen des Kurses gewachsen ist“ ist unwirksam (LG Kaiserslautern, Az.: 3 O 551/96).*

*o. Folgende AGB-Klauseln bzgl. angegebener Öffnungszeiten: „Änderungen bleiben vorbehalten“ (LG Freiburg, Az.: 5 O 744/91) oder „Die Änderung der Öffnungszeiten ist nur im billigen Ermessen zulässig“ (OLG Karlsruhe, Az.: 14 U 148/92, Urteil vom 18.06.1993) sind unwirksam und berechtigen zur Kündigung.*

*p. „Ferner bleibt das Recht auf Preisänderungen durch z.B. Maßnahmen des Gesetzgebers (z.B. Mehrwertsteuer und Unternehmenssteuer etc.) ausdrücklich vorbehalten“ diese Klausel ist unwirksam, bei einer Erhöhung kann fristlos gekündigt werden (LG Hannover, Az.: 14 O 383/96).*

### **Vorschau: 3.Teil: unwirksame Haftungs-, Änderungs-, Verzugs klauseln**

## **Die Abmahnung im Arbeitsrecht – ein kurzer Überblick:**

### **1. Funktion der Abmahnung:**

Die Abmahnung ist der Ausdruck der Missbilligung eines Verhaltens des Arbeitnehmers unter Androhung der Kündigung des Arbeitsverhältnisses, sofern das Verhalten nicht geändert wird. Mit der Abmahnung soll der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber an seine vertraglichen Pflichten erinnert (sog. „Erinnerungs- oder Ermahnungsfunktion“) und vor Konsequenzen für das Arbeitsverhältnis bei weiterem Fehlverhalten gewarnt werden (sog. „Ankündigungs- und Warnfunktion“). Darüber hinaus hat die Abmahnung keine Sanktionsfunktion, da der Arbeitnehmer durch die Abmahnung nicht bestraft, sondern zu künftigem vertragsgemäßigem Verhalten angehalten werden soll.

Der notwendige Inhalt einer Abmahnung ergibt sich aus ihren Funktionen. Die wichtigsten Funktionen der Abmahnung sind die „Warn- und die Androhungsfunktion“. Dem Arbeitnehmer soll vor Augen geführt werden, dass der Arbeitgeber nicht mehr bereit ist, ein bestimmtes Verhalten hinzunehmen und Rechtskonsequenzen (die Kündigung) androht. Der Warnzweck einer Abmahnung erfordert mithin, dass die Warnung eindeutig und bestimmt erfolgen muss. Dem „Androhungszweck“ genügt, wenn die Beendigung des Arbeitsverhältnisses angedroht wird oder milder — für eine spätere Beendigungskündigung allerdings nicht ausreichend — sonstige Rechtsfolgen.

Nicht notwendig ist, dass bereits eine bestimmte Kündigung (ordentliche, außerordentliche oder eine Änderungskündigung) angedroht wird. Neben der Warn- und Androhungsfunktion besteht die sog. „Dokumentationsfunktion“, der Arbeitgeber muss hiernach das beanstandete Verhalten ganz konkret bezeichnen. Geht der Arbeitnehmer nicht gegen eine Abmahnung vor, so heißt dies nicht im Umkehrschluss direkt, dass die vom Arbeitgeber ausgesprochene Abmahnung rechtmäßig war.

### **2. Abmahnungsberechtigung:**

Abmahnungsberechtigt sind nach herrschender Meinung nicht nur kündigungsberechtigte Personen, sondern alle Mitarbeiter des Arbeitgebers, die nach ihrer Aufgabenstellung befugt sind, Anweisungen wegen

des Orts, der Zeit sowie der Art und Weise der vertraglich geschuldeten Arbeitsleistung zu erteilen. Abmahnungsberechtigt sind mithin nicht nur die Dienstvorgesetzten, die zu Personalentscheidungen befugt sind, sondern auch die jeweiligen Fachvorgesetzten.

### 3. Bis wann ist eine Abmahnung möglich?

a. Der zeitliche Geltungsbereich der Abmahnung ist in der Rechtsprechung umstritten. Die Auswirkungen einer Abmahnung sind jedoch zeitlich begrenzt. Allerdings besteht keine Regelfrist, innerhalb derer sie ihre Wirkung verliert. Vielmehr richtet sich dies nach den Umständen des Einzelfalls. Eine Abmahnung kann ihre Warn- und Androhungsfunktion verlieren, wenn der Arbeitnehmer längere Zeit unbeanstandet seine Pflichten erfüllt hat oder der Arbeitgeber weitere gleichartige Pflichtverletzungen des Arbeitnehmers oder anderer Mitarbeiter unbeanstandet hinnimmt. Hat die Abmahnung ihre Wirkung verloren, so entsteht nach Auffassung des Bundesarbeitsgerichts das Recht des Arbeitnehmers, ihre Entfernung aus der Personalakte verlangen zu können. Dies gilt grundsätzlich nicht mehr, wenn das Arbeitsverhältnis sein Ende gefunden hat.

b. Für die Abmahnung besteht keine Regelausschlussfrist, innerhalb derer sie erklärt werden muss. Vielmehr steht es dem Arbeitgeber grundsätzlich frei, ob und wann er eine Abmahnung ausspricht. Selbstverständlich sind die Wirkungen einer Abmahnung umso schwächer, je länger der Arbeitgeber wartet (z.B. für eine spätere Kündigung). Das Recht des Arbeitgebers zur Abmahnung kann auch verwirkt sein, wenn der Arbeitgeber das Verhalten des Arbeitnehmers auch nach einem längeren Zeitraum nicht abgemahnt hat. Das Landesarbeitsgericht Köln hat eine Verwirkung in einem Fall angenommen, in dem der Arbeitgeber den Arbeitnehmer erst 1 Jahr nach einem Pflichtverstoß abgemahnt hat, ohne dass es für diese Wartezeit einen erkennbaren, geschweige denn nachvollziehbaren Grund gegeben hätte.

### 4. Berechtigte Abmahnung – Was kann der Arbeitnehmer trotzdem veranlassen?

Ist die Abmahnung des Arbeitgebers berechtigt oder will sich der Arbeitnehmer hiergegen nicht wehren (notfalls muss er hiergegen nämlich gerichtlich vorgehen), so kann der Arbeitnehmer in einer **schriftlichen Gegendarstellung** erklären, wie es zu der angemahnten Pflichtverletzung kam. Auf diese Weise kann der Arbeitnehmer ein eventuell entstandenes „negatives Bild der Arbeitseinstellung“ korrigieren. Der Arbeitnehmer kann verlangen, dass die Gegendarstellung zu der Personalakte genommen wird. Sie ist dann unmittelbar hinter der ausgesprochenen Abmahnung abzuheften.

## Aus der Politik etc.:

### I. Kostenlose Beratung am Bürgertelefon des Bundesgesundheitsministeriums!

Bei dem Beratungsdienst (dem sog. „Bürgertelefon“) des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung für Gehörlose und Schwerhörige können Sie von Montags bis Donnerstags von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr kostenlos anrufen und sich auf den nachfolgenden Gebieten beraten lassen bzw. diesbezügliche Fragen stellen:

1. Fragen zur Rente: 0800/151515-0
2. Fragen zur Pflegeversicherung: 0800/151515-8
3. Fragen zur Krankenversicherung: 0800/151515-9

**4. Informationen für behinderte Menschen: 0800/151515-2**

**Die Auskünfte sind insoweit jedoch nicht rechtsverbindlich!**

**II. Vermietete Wohnungen und Absetzbarkeit von Aufwendungen als Werbungskosten!**

Wer eine Wohnung verbilligt (z.B. an Verwandte, Freunde etc.) vermietet, kann ab 2004 unter Umständen nicht mehr alle Aufwendungen als Werbungskosten absetzen. Nach der bisherigen Regelung kann der Vermieter noch alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Wohnung in voller Höhe als Werbungskosten bei seinen Einkünften aus Vermietung und Verpachtung absetzen. Voraussetzung hierfür ist, dass die vereinbarte Miete (Kaltmiete zzgl. gezahlter Umlagen) mind. 50 % der ortsüblichen Miete (Kaltmiete zzgl. der umlagefähigen Nebenkosten) beträgt. Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs aus dem Jahre 2002 ist jedoch der volle Werbungskostenabzug ohne weitere Prüfungen nur noch dann möglich, wenn die vereinbarte Miete mind. 75 % der üblichen Marktmiete beträgt. Bei einer Miete zwischen 50 % und 75 % muss ermittelt werden, ob über einen Zeitraum von 30 Jahren aus der verbilligten Vermietung insgesamt ein Totalüberschuss erzielt werden kann. Nur dann kann der volle Werbungskostenabzug anerkannt werden. Errechnet sich ein insgesamt negatives Gesamtergebnis, muss der Werbungskostenabzug im Umfang der Verbilligung gekürzt werden. Das Bundesfinanzhof-Urteil wird von den Finanzämtern erstmals bei der Einkommensteuerveranlagung 2004 angewandt werden.

**III. Bundesregierung will die Versendung von Werbe-E-Mails eindämmen!**

Die Versendung von Werbe-E-Mails (sog. „Spam-Mails“) macht mittlerweile über 50 % des internationalen E-Mail-Verkehrs aus. Weltweit belaufen sich die Zusatzkosten von Firmen für das Löschen von Werbe-E-Mails auf ca. 12 Milliarden Dollar pro Jahr.

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen E-Mails nur noch mit der Zustimmung des Empfängers an diesen verschickt werden. Wer durch die Versendung von Werbe-E-Mails unrechtmäßig Gewinne erwirtschaftet, soll diese zurückzahlen müssen. Ob und wie sich dieses Vorhaben durchsetzen lässt, steht jedoch noch in den „Sternen“. Eine Verwirklichung dieses Vorhabens dürfte eher unwahrscheinlich sein.

**Interessante Urteile – Kurz notiert!**
**I. Lärmbelästigung durch Nachbarn – Unzumutbarkeitsgrenze!  
OLG Koblenz – Az.: 5 U 279/01 – Urteil vom 04.09.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Eine Lärmbelästigung durch einen Nachbarn ist immer dann unzumutbar, wenn diese die für das jeweilige Gebiet geltenden Grenzwerte der „Technischen Anleitung Lärm“ (sog. „TA-Lärm“) überschreitet. Solche Lärmbelästigungen muss der Nachbar unterlassen. Eine Überschreitung der Grenzwerte der TA-Lärm müssen Nachbarn nur unter ganz bestimmten Umständen tolerieren.

**Sachverhalt:** Die Kläger sind Eigentümer eines Einfamilienhauses; in 15 Meter Entfernung befindet sich ein Dorfgemeinschaftshaus. In dessen Festsaal finden an Wochenenden private Feiern, Vereinsfeste und Musikveranstaltungen statt. Aufgrund des von den Veranstaltungen ausgehenden Lärms fühlen sich die Kläger belästigt. Ein Sachverständiger stellte bei einer unangekündigten Messung fest, dass die Grenzwerte der TA-Lärm für allgemeine Wohngebiete überschritten wurden. Die Kläger verlangten daher von der Ortsgemeinde, keine Veranstaltungen mehr abzuhalten, bei denen die TA-Lärm Werte überschritten werden.

**Entscheidungsgründe:** Der Klage wurde stattgegeben, die Kläger haben gegenüber der Ortsgemeinde aus § 1004 Abs.1 Satz 2 BGB einen Anspruch auf Unterlassung solcher Veranstaltungen. Zwar können Eigentümer nach § 906 Abs.1 Satz 1 BGB nur solche Lärmbelästigungen unterbinden, die die Grundstücksnutzung wesentlich beeinträchtigen. Jedoch liegt gem. § 906 Abs.1 Satz 2 und Satz 3 BGB eine wesentliche Immission vor, wenn die in Gesetzen, Rechtsverordnungen oder bestimmten Verwaltungsvorschriften festgelegten Grenz- oder Richtwerte überschritten werden. Aufgrund der Überschreitung der Höchstwerte der TA-Lärm im vorliegenden Fall hatten die Kläger mithin einen Unterlassungsanspruch. Eine Pflicht zur Tolerierung käme nur dann in Betracht, wenn ganz besondere Umstände die Notwendigkeit einer Überschreitung der Grenz- und Richtwerte begründen würden. Solche lagen jedoch im vorliegenden Fall nicht vor.

**II. Kfz-Diebstahl – es müssen nicht unbedingt alle Originalschlüssel vorgelegt werden!**  
**OLG Frankfurt am Main – Az.: 7 U 139/00 – Urteil vom 12.02.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Bei einem Fahrzeugdiebstahl muss der Geschädigte gegenüber seiner Versicherung nur den „äußeren Anschein“ des Diebstahls darlegen und beweisen. Dieser „äußere Anschein“ für einen Fahrzeugdiebstahl wird nicht dadurch erschüttert, dass der geschädigte Versicherungsnehmer nicht alle Originalschlüssel des Fahrzeugs vorlegen kann. Das Fehlen einzelner Schlüssel führt in der Regel nicht zu einer Leistungsbefreiung der Versicherung gegenüber dem Versicherungsnehmer.

**Sachverhalt:** Dem Kläger war sein Fahrzeug in einem Ungarnurlaub vor seinem Ferienhaus gestohlen worden. Diesen Fahrzeugdiebstahl meldete er seiner Versicherung und wollte von dieser den Schaden ersetzt haben. Er konnte jedoch nicht mehr alle Originalschlüssel seines Fahrzeugs vorlegen. Hierdurch kamen bei der Versicherung Zweifel am Diebstahl auf. Diese verweigerte daher die Regulierung.

**Entscheidungsgründe:** Das OLG Frankfurt gab der Klage des Versicherungsnehmers statt. Nach Auffassung der Richter hatte der Versicherungsnehmer den ihm obliegenden „äußeren Anschein“ des Fahrzeugdiebstahls erbracht. Der Versicherungsnehmer konnte belegen, dass er das gestohlene Fahrzeug gebraucht gekauft und hierbei nicht alle Originalschlüssel vom Verkäufer erhalten hatte.

**III. Nachbars Fußball auf dem eigenen Rasen – Herausgabe und Verbot des Fußballspiels?**  
**LG München II – Az.: 5 O 5454/03 – Urteil vom 03.11.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Landet ein Fußball eines Nachbarn auf Ihrem Rasen, so darf dieser nicht einfach Ihr Grundstück betreten und sich den Fußball wiederholen. Er muss Sie um Herausgabe des Fußballes bitten. Jedoch können Sie Ihrem Nachbarn daraufhin nicht grundsätzlich verbieten, vor Ihrem Garten bzw. Haus Fußball zu spielen.

**Sachverhalt:** Die Klägerin hatte ihren Nachbarn auf Unterlassung des Fußballspiels seines Sohnes verklagt. Dieser hatte 2mal seinen Fußball auf das Grundstück der Klägerin geschossen. Beim ersten Mal holte er sich den Fußball selbst wieder zurück, beim zweiten Mal behielt die Klägerin den Ball ein. Ferner machte die Klägerin einen Schaden in Höhe von 700 Euro für eine angeblich zerstörte Hecke geltend.

**Entscheidungsgründe:** Die Klägerin erhielt in dem Punkt recht, dass der Nachbarsjunge nicht einfach ihr Grundstück ohne zu Fragen betreten darf. Der Nachbarsjunge muss zukünftig bei der Nachbarin klingeln und um Herausgabe des Fußballes bitten. In den anderen Punkten wurde die Klage abgewiesen. Die Klägerin kann dem Nachbarsjungen nämlich nicht generell untersagen vor ihrem Haus und/oder Garten Fußball zu spielen. Daher musste die Nachbarin dem Nachbarsjungen auch dessen Fußball wieder herausgeben. Jedoch darf der Nachbarsjunge keine fremden Sachen beim Fußballspielen beschädigen.

**IV. Grenzüberschreitender Krankenhausaufenthalt bedarf der Genehmigung der Krankenkasse!  
EuGH – Rechtssache: C-56/01 – Urteil vom 23.10.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Die eigene Krankenkasse darf eine Auslandskrankensbehandlung in einem anderen EU-Land von einer vorherigen Genehmigung abhängig machen. Die Genehmigung der Krankenkasse darf jedoch nur dann verweigert werden, wenn die gleiche oder eine ebenso wirksame Behandlung rechtzeitig im eigenen EU-Mitgliedsland erlangt werden kann.

**Sachverhalt:** Eine Französin wollte sich in Deutschland behandeln lassen. Ihre Krankenkasse lehnte die Krankenhausbehandlung mit der Begründung ab, dass es in Frankreich ein umfangreiches Angebot an Behandlungen gäbe, welche denen in Deutschland gleichwertig seien und die ebenfalls mit keiner Wartezeit verbunden wären. Die Klägerin verklagte daraufhin ihre Krankenkasse. Das Gericht legte die Angelegenheit dann dem Europäischen Gerichtshof vor.

**Entscheidungsgründe:** Eine nationale Gesetzesregelung, die die Erstattung von in einem anderen Mitgliedstaat entstandenen Krankheitskosten von einem System der vorherigen Genehmigung abhängig macht, steht dem Artikel 49 EG-Vertrag dann entgegen, wenn sich zeigt, dass ein solches System die Sozialversicherten davon abschreckt oder sie sogar daran hindert, sich an Erbringer medizinischer Dienstleistungen in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu wenden. Dies ist nach Auffassung des EuGH nur dann tolerierbar, wenn die sich daraus ergebende Behinderung des freien Dienstleistungsverkehrs in Anbetracht einer der nach dem EG-Vertrag zulässigen Ausnahme gerechtfertigt ist (EuGH, Rs.: C-158/96, Urteil vom 28.04.1998). Kann die gleiche Behandlung im eigenen Land gleich schnell und wirksam erlangt werden, darf eine Auslandsbehandlung von der Krankenkasse abgelehnt werden.

**V. Parken im Halteverbot einer gekennzeichneten Baustelle – Schadensersatzpflicht?  
BGH – Az.: VI ZR 385/02 – Urteil vom 18.11.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Parkt man vor einer Baustelle die durch ein Halteverbotsschild gekennzeichnet ist und behindert man so den Baubetrieb, muss man für die hierdurch entstandenen Schäden nicht haften. Ein Halteverbotsschild schützt nämlich nicht die Vermögensinteressen anderer.

**Sachverhalt:** Die Beklagte hatte ihren Pkw in einem Halteverbot vor einer Baustelle abgestellt. Der Bauunternehmer konnte hierdurch erst verspätet mit Kranarbeiten beginnen und wollte den ihm entstandenen Ausfallschaden in Höhe von 2.500 Euro von der Beklagten ersetzt haben.

**Entscheidungsgründe:** Der BGH wies die Klage ab. Weder die Straßenverkehrsordnung noch die für die Einrichtung eines Halteverbots an einer Baustelle maßgeblichen Vorschriften der Straßenverkehrsord-



nung schützen die Vermögensinteressen eines Bauunternehmers. Denn die Straßenverkehrsordnung soll als Teil des Straßenverkehrsrechts vor allem die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewährleisten, um verkehrstypische Gefahren abzuwehren.

**VI. Überstehende Bäume – Ausgleichsansprüche des Nachbarn trotz Ablauf der Ausschlussfrist?**  
**BGH – Az.: V ZR 102/03 – Urteil vom 14.11.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Wachsen Äste eines Baumes über die Grundstücksgrenze und richten sie hierbei Schäden an, so können dem jeweiligen Nachbarn Ausgleichsansprüche zustehen (trotz Ablaufs der nachbarrechtlichen Frist zum Zurückschneiden der Äste). Ein Zurückschneiden der Äste kann jedoch vom Baumeigentümer grundsätzlich nicht verlangt werden.

**Sachverhalt:** Kläger und Beklagter sind Grundstücksnachbarn. Auf dem Grundstück des Beklagten stehen zwei Kiefern (ca. 14 Meter hoch), von diesen ragen u.a. Zweige in einer Höhe von 9 Metern ca. 2,3 Meter auf das Grundstück des Klägers rüber. Hierdurch fallen Kiefernadeln und -zapfen auf das Grundstück, das Hausdach, die Dachrinnen und Dacheinläufe und verunreinigen diese, so dass der Kläger gezwungen ist, diese mehrfach im Jahr zu reinigen. Der Kläger wollte mit seiner Klage erreichen, dass die Äste der Kiefern zurückgeschnitten und der Beklagte zu einem jährlichen Ausgleichsbetrag wegen der Reinigungsarbeiten etc. verurteilt wird.

**Entscheidungsgründe:** Nach Ablauf der in den jeweiligen Nachbargesetzen vorgesehenen Ausschlussfrist, kann der Kläger von dem Beklagten ein zurückschneiden der Kiefern nicht mehr verlangen. Wegen des Abfallens von Kiefernadeln und -zapfen auf das Grundstück des Klägers hat dieser jedoch einen nachbarrechtlichen Ausgleichsanspruch aus §§ 906, 1004 BGB. Der Nadel- und Zapfenfall gehört ebenso wie der Laub- und Blütenfall zu den „ähnlichen Einwirkungen“ im Sinne von § 906 Abs. 1 Satz 1 BGB. Da der Kläger die Kiefernadeln und den Zapfenfall aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen nicht abwehren kann, steht ihm ein Ausgleichsanspruch in Geld zu, wenn er durch diese Einwirkungen Nachteile erleidet, die das „zumutbare Maß einer entschädigungslos hinzunehmenden Beeinträchtigung“ übersteigen. Ob ein jeweiliger Ausgleichsanspruch besteht, entscheidet jedoch immer der Einzelfall!

**VII. Schulverweis wegen eines Angriffs auf die Lehrerin gerechtfertigt?**  
**VGH Baden-Württemberg – Az.: 9 S 2277/03 – Urteil vom 22.10.2003**  
**Vorinstanz: VG Freiburg – Az.: 2 K 1642/03 – Urteil vom 11.09.2003**

**Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!):** Greift ein Schüler einen Lehrer gewalttätig an, kann dies seinen sofortigen Verweis von der Schule rechtfertigen.

**Sachverhalt:** Ein 12-jähriger Realschüler schlug seiner Lehrerin heftig mit der Faust gegen den Oberarm, als diese ihn wegen einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit einem anderen Mitschüler ins Klassenbuch eintragen wollte. Daraufhin beschloss der Schulleiter den Verweis des Schülers von der Schule.

**Entscheidungsgründe:** Nach Auffassung der Gerichte stellt der Angriff auf einen Lehrer ein schwerwiegendes Fehlverhalten dar, welches einen Schulverweis rechtfertigen kann. Nach dem Gebot der Verhältnismäßigkeit kann ein Verweis jedoch erst verhängt werden, wenn mit milderer Mitteln nicht mehr erzieherisch und zur Wahrung der Schulordnung auf den Schüler eingewirkt werden kann. Im vorliegenden

Fall war der Schüler jedoch schon mehrfach wegen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Mitschülern aufgefallen. Ferner drohte der Schüler im vorliegenden Fall einem anderen Schüler wiederum mit „Prügel“, wenn er von der Schule verwiesen würde. Aufgrund dieser Unbeherrschtheit und den übrigen Vorfällen, die eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit der Mitschüler darstellten, war der Schulverweis gerechtfertigt.

### Kurioses:

#### **I. Der Begriff „Altweibersommer“ – frauenfeindlich?**

**LG Darmstadt, Az.: 3 O 535/88, Urteil vom 02.02.1989 (NJW 1990, S. 1997 f.):**

Die im Jahre 1911 geborene Klägerin wehrte sich seit einigen Jahren dagegen, daß in den Wetterberichten im Radio und im Fernsehen die im Spätsommer bzw. frühen Herbst oft herrschende Schönwetterperiode als „Altweibersommer“ bezeichnet wird. Die Klägerin sah hierin eine Diskriminierung der Frauen. Ferner fühlte sie sich durch die Verwendung des Begriffs „Altweibersommer“ in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt und verlangte, daß der Begriff in den Wetterberichten nicht weiter benutzt werde. Sie fühlte sich durch den Begriff „Altweibersommer“ auch auf ihr Geschlecht diskriminiert, weil das Wort „Weib“ schon seit alters her in abfälligem Sinne gebraucht würde, und zum anderen im Hinblick auf ihr Alter, weil mit der Bezeichnung „altes Weib“ zum Ausdruck gebracht würde, daß die Betreffende keine richtige Frau mehr sei. Sie hielt den Begriff „Altweibersommer“ ferner für wissenschaftlich nicht fundiert und meinte, die betreffende Schönwetterperiode könne ebenso auch als Nach- oder Spätsommer bezeichnet werden.

Die Beklagte rechtfertigte die Verwendung des Begriffs „Altweibersommer“ damit, daß dieser seit Jahrhunderten im deutschen Sprachgebrauch fest verankert sei. Er sei ursprünglich eine Bezeichnung für die im Herbst bei schönem Wetter herumfliegenden Spinnweben gewesen und erst später auf die Schönwetterperiode selbst übertragen worden. Ferner sei dieser Begriff in der meteorologischen Wissenschaft sehr wohl geläufig. Der „Altweibersommer“ stellt eine von Ende September bis Anfang Oktober währende trockene und heitere Wetterlage dar, bedingt durch einen sich von den Azoren bis Südrussland erstreckenden hohen Luftdruck. Aus diesem Grunde sei der Begriff „Altweibersommer“ nach Ansicht der Beklagten auch positiv besetzt, weil allgemein damit etwas Angenehmes verbunden werde.

Die Klage der Klägerin wurde am 02.02.1989 an „Altweiberfastnacht“ durch das Gericht abgewiesen. Insoweit konnte das Gericht keine Beleidigung oder Diskriminierung der Klägerin erkennen.

#### **II. Kartellanmeldung: Aus einer Rechtsmittelbelehrung des Bundeskartellamtes:**

Es ist Gesetz und deshalb richtig, wer kartelliert, ist meldepflichtig. Und weil das hier auch Arbeit macht, hat man in Bonn sich ausgedacht, zur Minderung von Amtsverdruss - daß der, der meldet, zahlen muß.

Was festgesetzt, ist angemessen. Sie blechen und schon ist's vergessen. Ist Ihnen solches nicht geheuer und die Gebühr vielleicht zu teuer, so bleibt, damit es billiger werde, als einzige Hoffnung die Beschwerde.

Auch dies nur binnen einer Frist, die kurz wie just ein Monat ist. Ob Sie im Recht sind oder nicht, würd' dann entscheiden ein Gericht. Doch besser lassen Sie es bleiben, das raten die, die unterschreiben.